



WIR IN
EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

STANDPUNKT
HANDELSPOLITIK



GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN

Die Globalisierung birgt Chancen und Herausforderungen: Zum einen ist der Handel in und außerhalb von Europa ein Baustein unseres Wohlstands. Bürgerinnen und Bürger in der EU profitieren von der wachsenden Auswahl an Waren, die ihnen zu Verfügung stehen. Erschwinglich werden Produkte auch durch die Einbindung in globale Wertschöpfungsketten. Arbeitsplätze werden dadurch geschaffen oder erhalten, dass die EU Waren und Dienstleistungen in die gesamte Welt verkaufen kann und eng in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist. Zum anderen braucht das globale Dorf faire Regeln, damit positive Effekte der Globalisierung überall genutzt werden können und unser Wohlstand

nicht auf der Armut anderer Länder aufbaut. Globalisierung muss nachhaltig gestaltet werden. Dies ist nicht möglich, wenn man freien Märkten freies Spiel lässt. Es geht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um das richtige Verhältnis von Markt und Regulierung. Ein Instrument zur Gestaltung der Globalisierung ist eine fortschrittliche und aktive EU-Handelspolitik. Sie muss auf die zwei tiefgreifenden Veränderungen der jüngsten Zeit reagieren: Produktion findet heute überwiegend in globalisierten Wertschöpfungsketten statt. Produkte, die wir täglich nutzen, kommen nicht aus einem einzelnen Land, sondern überschreiten im Laufe des Fertigungsprozesses viele Landesgrenzen.

GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN

Gemeinsame Standards, Zusammenarbeit in der Regulierung, Klima- und Verbraucherschutz sowie Umwelt- und Arbeitsbedingungen sind heute wichtige neue Gestaltungsaufgaben von globaler Handelspolitik. Der Einsturz der Rana-Plaza-Fabrik 2013 in Bangladesch hat der Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Ereignis die Augen für die Kehrseiten einer entfesselten Globalisierung geöffnet.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

TRANSPARENZ IM GLOBALEN HANDEL

Weil globale Handelspolitik Fragen über unsere Werte und Sicherheit aufwirft, ist es für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtig, eine intensive Diskussion mit der Zivilgesellschaft zu führen. Wenn neue Abkommen verhandelt werden, ist klar, dass dies transparent und somit für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar geschehen muss. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in Bezug auf die EU-Verhandlungen von bilateralen Abkommen entscheidende Verbesserungen durchgesetzt: Der Zugang zu Dokumenten ist deutlich verbessert, Protokolle von Verhandlungen sind nun öffentlich. Außerdem gibt es mittlerweile eine ständige zivilgesellschaftliche Beratungsgruppe der EU-Kommission für Handelspolitik.

MENSCHENRECHTE, ARBEITNEHMERRECHTE, UMWELTSTANDARDS - SO GEHT FAIRER HANDEL

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Instrumente in Handelsverträgen erstritten, mit denen die EU gemeinsam mit Partnerländern Schritt für Schritt Arbeitsbedingungen in Drittländern verbessern kann. Dazu gehört besonders die Anerkennung und Umsetzung der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. Ebenso steht für uns außer Frage, dass zu einem fairen Handel die Einhaltung grundlegender Umweltschutzstandards, die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in Handelsabkommen und die Vereinbarkeit von Abkommen mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen gehört. Dies fordern wir von allen Handelsabkommen.

Angesichts der globalen Entwicklung muss Globalisierung heute stärker multilateral gestaltet werden. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sind hierbei unser gemeinsamer Rahmen für den Respekt von sozialen und ökologischen Standards weltweit.

Leider sehen wir uns anstelle eines Zeitalter des aufgeklärten Multilateralismus in einer Phase nationaler Alleingänge und Egoismen. US-Präsident Donald Trump erzwingt mit seinem „America first“-Kurs die Neuverhandlung von bereits abgeschlossenen Abkommen und unterläuft aktiv die multilaterale Handlungsdynamik der Welthandelsorganisation (WTO). Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen in der Welthandelsorganisation ein wichtiges Forum und die Basis für einen regelbasierten Handel. Nichtsdestotrotz mangelt es an Reformen, die Zukunftsthemen wie digitalen Handel, grenzüberschreitenden Datenverkehr und Korruptionsbekämpfung anpacken. Auch müssen Wege gefunden werden, die Herausforderungen von Entwicklungsländern besser zu adressieren und die internationalen Nachhaltigkeitsziele, einschließlich der Berücksichtigung von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in das Regelwerk für den internationalen Handel einzuarbeiten. Um unfairen Handelspraktiken zu begegnen und die EU-Industrie vor unlauterem Wettbewerb zu schützen, hat das Europäische Parlament 2017 zwei wichtige Gesetzgebungen abgeschlossen. Unter anderem wird die EU künftig besser und schneller in der Lage sein zu reagieren, wenn Handelspartner durch künstliche Niedrigpreise unsere Industrie in einen ruinösen Wettbewerb zwingen wollen (Dumping). Das Ignorieren von Fair Play und Arbeitnehmerschutz werden wir nicht tolerieren.

GUTE BILATERALE ABKOMMEN

Leider zeichnet sich gegenwärtig nicht ab, dass man viele Fortschritte bei der Vereinbarung wichtiger Themen multilateral erzielen könnte. Für uns sind bilaterale Handelsabkommen deshalb die zweitbeste Lösung, um mit Partnerländern über eine Vielzahl von wichtigen Themen zu verhandeln. Dazu zählen Arbeit-

nehmerrechte und Umweltschutz genauso wie die Anerkennung internationaler Standards, zum Beispiel zur Lebensmittelsicherheit. Hohe Verbraucherschutzstandards und Sicherung der Daseinsvorsorge sind dabei unumstößliche Grundprinzipien. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben im Europäischen Parlament eine umfangreiche Positionsbestimmung zu bilateralen Abkommen bewirkt. Anlässlich der Diskussion über ein mögliches Abkommen mit den USA wurden 3 000 Änderungsanträge eingebracht. Am Ende nahm das Europäische Parlament eine stark sozialdemokratisch geprägte Entschließung mit mehr als 50 detaillierten Empfehlungen an. So dürfen Standards nicht abgesenkt werden, die demokratische Kontrolle ist gestärkt, Arbeitnehmerrechte müssen geschützt und öffentliche Dienstleistungen erhalten bleiben. Dies ist nun Maßstab für das Abstimmungsverhalten des Europäischen Parlamentes bei künftigen Verträgen.

Das Abkommen der EU mit Kanada (CETA) und dessen ergänzenden Dokumente haben so durch das Wirken von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtige Impulse erhalten. Auch das EU-Japan-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (JEEPA) beinhaltet zentrale Elemente sozialdemokratischer Handelspolitik: Etwa wurde erstmalig die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in einem Handelsvertrag vereinbart.

KEINE PRIVATEN INVESTITIONSSCHIEDSVERFAHREN MEHR

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben den intransparenten, privaten Schiedsstellen (ISDS) eine klare Absage erteilt, und eine Neuausrichtung der europäischen Investitionspolitik durchgesetzt, die die Befassung öffentlicher Gerichte bei Streitigkeiten vorsieht. Langfristig setzen wir uns für einen multilateralen Schiedsgerichtshof ein mit Berufungsinstanz und unabhängigen Richterinnen und Richtern. Diese Bestimmungen haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sogar nachträglich im vermeintlich fertig verhandelten CETA-Abkommen durchgesetzt.

FAIRE ROHSTOFFGEWINNUNG UND WERTSCHÖPFUNGSKETTEN

Unternehmen verschließen die Augen davor, dass Rohstoffe für ihre Produkte wie Smartphones und Tablets zum Teil unter unmenschlichen

geht es uns darum, die Partnerländer zu stärken, ihre eigenen Gesetze zu verbessern und umzusetzen. Auf internationaler Ebene muss dafür auch die Internationale Arbeitsorganisation gestärkt werden, die weltweit hilft, Gewerkschaftsrechte durchzusetzen.



Bedingungen in Konfliktregionen gefördert und vertrieben werden. Um den Teufelskreis aus Konfliktfinanzierung und dem Hunger nach Rohstoffen zu durchbrechen, hat das Europäische Parlament verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen beschlossen. Importeure von Mineralien wie Zinn, Wolfram, Tantal oder Gold müssen künftig über die saubere Herkunft dieser Güter Rechenschaft ablegen. Dabei geht es um Hightech- und Elektrogeräte in der Auto-, Luftfahrt- Verpackungs-, Bau- und Beleuchtungsindustrie, aber auch beim Goldschmuck. Diese Gesetzgebung kann nur der Anfang einer neuen Ausrichtung der europäischen Handelspolitik sein. So wollen wir als nächstes auch die Wertschöpfungskette in der Textilproduktion mit verbindlicher Sorgfaltspflicht für Unternehmen ausstatten und dann die elektronischen Geräte in den Fokus nehmen. Darüber hinaus

FAIR TRADE

Fair Trade hat als erste Bewegung soziale und später auch ökologische Ziele in der Handelspolitik gefordert und selbst modellhaft umgesetzt. Dies geschieht im Rahmen lokaler Fair-Trade-Projekte, die die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort auf direktem Wege verbessern. Wir wollen deshalb die Fair-Trade-Bewegung weiter stärken. Zur Unterstützung haben wir einen Dialog zwischen der Fair-Trade-Bewegung und den EU-Vertretungen vor Ort entwickelt und einen Austausch von guten Praxisbeispielen angeregt. Gemeinsam mit der Fair-Trade-Bewegung haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durchgesetzt, dass 2018 erstmalig der Titel einer europäischen Fair-Trade-Stadt vergeben wurde und diese Ermunterung für den fairen Handel eine stetige Einrichtung wird.



FAIRE HANDELSBEDINGUNGEN FÜR WENIGER ENTWICKELTE LÄNDER

Sozialdemokratisch geprägte Vereinbarungen stellen sicher, dass Handelspolitik auch zu nachhaltiger Entwicklung in ärmeren Partnerländern beiträgt. Das verlangt vor allem fünf Elemente. Erstens muss schwächeren Ländern echter Zugang zum EU-Markt gewährt werden. Zweitens muss bei der Handelsliberalisierung schwächerer Länder Rücksicht auf deren Entwicklungsstand und weiteren möglichen Entwicklungspfad genommen werden. Drittens müssen die Länder unterstützt werden, neue Handelschancen auch nutzen zu können (Aid for trade). Viertens muss die Umsetzung von Handelsabkommen überprüft werden um sicher zu stellen, dass keine negativen Folgen auftreten. Ein solches Monitoring ist jetzt für alle Abkommen vorgesehen. Und fünftens müssen Abkommen angepasst werden, wenn in der Umsetzung Probleme entstehen - beispielsweise kleinbäuerliche Produktion durch EU-Wettbewerber verdrängt wird. Das Präferenzsystem der EU bietet allen Entwicklungs-

ländern in begrenztem Rahmen einseitig verbesserten Marktzugang in der EU an und soll damit die nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern stärken. Entwicklungsländer, die bestimmte politische Kriterien und internationale Konventionen nachweislich einhalten, genießen zusätzliche Zollvorteile. Der Anreizcharakter dieses Systems muss weiter gestärkt und die tatsächliche Umsetzung besser überprüft werden. Daran arbeiten wir weiter. So hat die EU bereits ein besseres Überwachungssystem eingeführt.

Eine sozialdemokratische Handelspolitik kann aber nur in einem förderlichen und kohärenten Umfeld anderer Politikfelder erfolgreich sein. So würden beispielsweise die Weltmärkte erheblich entlastet, wenn die EU-Agrarpolitik konsequenter nachhaltig ausgerichtet würde. Ein Ende der Fischereisubventionen gäbe ärmeren Küstenländern neue Chancen. Strengere Regeln der Industriesubventionierung erlaubten fairere Wettbewerbsbedingungen für Länder, deren Haushalte in einem solchen Wettbewerb nicht mithalten können. Diese Beispiele zeigen Grenzen der Handelspolitik auf - und zugleich notwendige Bereiche für sozialdemokratisches Handeln.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Stand Mai 2019

KONTAKT / HERAUSGEBER

Büro Berlin:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 30 2277 1273
E-Mail: europabuero.spd@bundestag.de

Büro Brüssel:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Rue Wiertz
1047 Brüssel / Belgien
Telefon: + 32 2 284 3190
E-Mail: s-d.delegationDE@ep.europa.eu

Herausgeber: Jens Geier (V.i.S.d.P.)